



iran-report

Nr. 11/2003

ایران رپورت

I. Innenpolitik

Friedensnobelpreis für Shirin Ebadi / Reaktionen im Inland auf Preisverleihung / Jubelnder Empfang für Ebadi / 5. Kongress der Moschrekat-Partei: Scharfe Attacken gegen Revolutionsführer Chamenei / Meinungsmacher der Reformbewegung erwartet bis März wichtige Ereignisse / Roshanak Dariusch gestorben / Staatsanwalt Mortazawi soll auf die Anklagebank / Fast 700 Aids-Tote in Iran

II. Wirtschaft

Jahreswirtschaftsbericht der Regierung Chatami / Iran - das Land mit dem höchsten Drogenkonsum der Welt / Ausländisches Kapital strömt nicht wie erhofft / Stromverbrauch wird sich in den nächsten zehn Jahren verdoppeln / Nächste 20 Jahre: 29 Millionen neue Arbeitsplätze nötig / Stahl- und Kupferindustrie soll privatisiert werden / Pistazien, Safran, Rosinen - Export landwirtschaftlicher Produkte stieg um 50%

III. Außenpolitik

EU-Rat mit Resolution zu Iran / Überraschungsbesuch von drei europäischen Außenministern in Teheran / Ultimatum der IEAE ist abgelaufen / Iran lehnt Gespräche mit den USA ab / Al Qaida-Namensliste an UNO überreicht / Irakischer Kurdenführer Talebani besuchte Iran / Israels Angriffsplan gegen Iran

Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung. Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar. Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 12/2003 Anfang Dezember) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im November 2003

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:
Heinrich-Böll-Stiftung
lorenz@boell.de
Fax: 030-285 34 - 494
Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Albert Eckert

Heinrich-Böll-Stiftung
Hackesche Höfe
Rosenthaler Str. 40/41
10178 Berlin
Tel: 030-285 34 - 0
Fax: 030-285 34 - 109
Email info@boell.de
www.boell.de

I. Innenpolitik
Friedensnobelpreis für Shirin Ebadi

Wer hätte das gedacht, nicht der Papst, auch nicht Vaclav Havel, sondern Shirin Ebadi aus Iran bekam den Friedensnobelpreis! Eine Wahl zu der man nicht nur die Preisträgerin, sondern auch das Nobelkomitee beglückwünschen kann.

Die Frauenrechtlerin ist in Iran landesweit bekannt. Die heute 56jährige Juristin und Mutter zweier Kinder war zu Shah-Zeiten die erste Richterin in Iran, sie war von 1975 bis 1979 am Stadtgericht Teheran tätig. Sie machte Karriere und wurde sogar zur Vorsitzenden des iranischen Juristenverbands gewählt. Doch 1979 musste sie ihren Beruf aufgeben, weil nach islamischem Recht Frauen nicht richten dürfen. Sie wurde Anwältin.

In ihrer ersten Reaktion auf die auch für sie überraschende Entscheidung des Nobelkomitees sagte Ebadi: Ich bin Muslimin, man kann also Muslimin sein und die Demokratie unterstützen." Die Entscheidung sei für die Menschenrechte in Iran, vor allem für Kinder und Frauen von großer Bedeutung. „Ich hoffe, dass ich nützlich sein kann“, fügte sie hinzu.

Tatsächlich hat sich Shirin Ebadi für Menschenrechte, insbesondere für Frauenrechte und die Rechte der Kinder stark engagiert. In einer ganzen Reihe von Büchern und zahlreichen Artikeln hat sie die Situation der Frauen und ihre stark eingeschränkten Rechte in der Familie und in der Gesellschaft untersucht und versucht dafür zu werben, dass nicht nur Frauen, sondern auch Kinder klar definierte Rechte haben, die sowohl von der Religion und dem Staat als auch von der Gesellschaft insgesamt akzeptiert werden müssen. Zu diesem Zweck gründete sie gemeinsam mit Freunden ein Kinderhilfswerk. Auch eines ihrer Bücher „Die Rechte des Kindes“ widmete sie Kindern und Jugendlichen.

Die Aussage, dass sie eine Muslimin sei, ist keineswegs aus taktischen Gründen erfolgt. Sie war stets bemüht, demokratische Grundsätze und die in-

ternational anerkannten Menschenrechte in den Islam hineinzutragen. Genau aus diesem Grund hat sie auch die Reformbewegung mit großem Engagement unterstützt. 1997 beteiligte sie sich an der Bürgerkampagne, die zum Sieg Präsident Chatamis führte. Islamisten werfen ihr vor, die islamische Gesellschaftsordnung untergraben zu wollen. Doch sie selbst hat des öfteren argumentiert, dass der Weg zur Demokratie nicht am Islam vorbei gehen kann und demokratische Ziele nur über eine gründliche Auseinandersetzung mit der Religion und deren Rechtsauffassung erreicht werden können. Der Titel eines ihrer Bücher lautet: „Tradition und Moderne im islamischen Recht.“

Auch das Nobelkomitee würdigt diese Auffassung und betont, dass sie „keinen Gegensatz zwischen dem Islam und fundamentalen Menschenrechten“ sieht.

Shirin Ebadi hat für ihren Einsatz für Menschenrechte viel Mut bewiesen. Nicht selten musste sie dafür Gefängnisstrafen, Hausarrest und andere Repressalien in Kauf nehmen. Berühmt wurde sie als sie sich Ende 1998 für die Aufklärung einer Mordserie einsetzte. Damals waren innerhalb weniger Wochen mehrere Dissidenten wie das Ehepaar Foruhar und die Schriftsteller Mohammad Mochtari und Djafar Pujandeh sowie der Verleger und Journalist Amir Zalzadeh ermordet worden.

„Während des ganzen Prozesses hat sie sich ungeachtet aller Repressalien mit bewundernswerter Hartnäckigkeit um die Aufklärung des Falls bemüht“, sagte die in Frankfurt lebende Tochter des ermordeten Ehepaars, Parastou Foruhar. Ihr Kollege Nasser Zarafschan, der gemeinsam mit ihr die Verteidigung der Opfer übernommen hatte, wurde vor etwa einem Jahr verhaftet und sitzt seitdem in Haft. Ebadi übernahm auch seine Verteidigung.

Im Jahr 2000 kam sie wegen der so genannten Video-Affäre in Haft. In dem Video hatten Islamisten sie über ihre Kontakte zu den ranghöchsten Führern der Islamischen Republik informiert und gestanden, Mordaufträge gegen Dissidenten erhalten zu haben. Die von den Konservativen besetzte Justiz warf

Ebadi vor, die Aufzeichnung manipuliert zu haben. Sie wurde mit 18 Monaten Gefängnis auf Bewährung bestraft.

Schirin Ebadi ist die elfte Frau und die dritte Muslimin, die den Nobelpreis, der seit 1901 vergeben wird, erhält. Neben ihrer Tätigkeit als Anwältin hält sie Vorlesungen im Fach Jura an der Universität Teheran. Sie ist Mitglied des Iranischen Schriftstellerverbandes, dessen Vorsitz sie eine Zeit lang innehatte. Der Schlüssel zu ihrem Erfolg liegt darin, dass sie nie radikal aufgetreten und nie ideologisch argumentiert hat. In der Würdigung des Nobelkomitees wird ihr bestätigt, dass sie „in einer Zeit der Gewalt stets die Gewaltfreiheit unterstützt“ hat. Sie habe sich ungeachtet möglicher Gefahren für ihre eigene Sicherheit stets mit großem Mut für die Rechte anderer und gegen Gewalt eingesetzt.

Dank ihrer fundierten Sachkenntnis des islamischen Rechts konnte sie ohne provozierende Forderungen aufzustellen gegen Fundamentalisten und deren konservative Auffassungen zu Felde ziehen. Schirin Ebadi bildet eine Brücke zwischen dem islamischen Lager und den Laizisten. Ihrer Auffassung nach ist die Religion eine Angelegenheit der Individuen und nicht des Staates. Als sie vor drei Jahren eine Auszeichnung im norwegischen Bergen entgegennahm, sagte sie: „Am wichtigsten ist nicht, welche Religion, Sprache oder Kultur man hat, sondern dass man an die Menschenrechte glaubt.“

Die Preisverleihung wird sicherlich nicht ohne Wirkung auf den Demokratisierungsprozess in Iran bleiben. Ohne Zweifel werden viele Menschen im Land durch diese Würdigung, die weltweit registriert wird, dazu ermuntert, ihren Kampf für eine zivile und demokratische Gesellschaft fortzusetzen. Der Preis wird vermutlich auch der Reformbewegung unter Präsident Chatami, die seit Monaten aufgrund der Blockadepolitik der Konservativen ins Stocken geraten ist, neuen Aufschwung geben. Schließlich wird er Schirin Ebadi vor etwaigen Repressalien schützen und ihr die Möglichkeit verleihen, sich selbstbewusster und entschiedener als bisher für Menschenrechte, Frauenrechte und die Rechte der Kinder einzusetzen.

Reaktionen im Inland auf den Nobelpreis

Das Osloer Komitee hat mit der Verleihung des Friedensnobelpreises an die iranische Rechtsanwältin Schirin Ebadi im wahrsten Sinn des Wortes voll ins Schwarze getroffen. Während die Auszeichnung unter der Bevölkerung Jubel auslöste und sich die Vertreter der Reformbewegung in ihrem Streben nach einer zivilen Gesellschaft bestätigt und ermuntert fühlten, reagierten die Rechten erbost und verärgert. Der staatliche Rundfunk und das Fernsehen verkündeten die Nachricht mit vierstündiger Verspätung. Die meisten konservativen Blätter ignorierten die Preisverleihung oder brachten sie als kurze Meldung auf den letzten Seiten. Assadollah Badamtchian, Sprecher der „Islamischen Vereinigung“ sagte in einem Interview mit der studentischen Nachrichtenagentur ISNA, der Friedensnobelpreis diene eindeutig politischen Zielen und den Interessen der USA und Israels. Er erinnerte an die Preisverleihung an Anwar el Sadat, der „das palästinensische Volk verraten“ habe. Selten sei der Preis an Menschen verliehen worden, die sich um das eigene Volk verdient gemacht hätten. „Es ist folgerichtig, wenn nun eine Person den Preis erhält, die sich Reformist nennt und von Powel, Blair und Bush unterstützt wird. Wenn die Auszeichnung wegen den Reformen vergeben worden ist, die im Dienste des Westens stehen, dann ist sie für die Preisträgerin eine Schande.“

Der Abgeordnete Mussa Ghorbani, Mitglied der Fraktion der Konservativen, sagte, Schirin Ebadi habe nichts unternommen, was dem Weltfrieden gedient haben könnte. Sie sei eine Juristin und vertrete Ansichten, die „zu der islamischen Rechtsauffassung im Widerspruch stehen“. Daher sei die Auszeichnung nicht für den Weltfrieden, sondern gegen den Islam.

Der Geistliche Seyd Tah Haschemi, Chefredakteur der Tageszeitung Entechab, meinte, wenn es tatsächlich um den Weltfrieden gegangen wäre, gäbe es in Iran genügend Persönlichkeiten, deren Einsatz gegen Krieg und Blutvergießen eine Anerkennung verdient hätte. Ebadi hätte ohne die Zustimmung der USA niemals den Preis erhalten. Ähnlich argumentierte der ehemalige Abgeordnete Hamidreza Taraki. Das norwegische Nobelkomitee sei ein politi

sches Werkzeug in der Hand von Ausländern, die sich in die Belange Irans einmischen wollen. Die Auszeichnung unterstütze säkulare Bewegungen und stehe im Widerspruch zu den Idealen der Islamischen Revolution. Die Tageszeitung Djomhuri-e eslami erwähnte das Ereignis in einer kurzen Meldung unter der Überschrift: „Westen gibt Ebadi Friedensnobelpreis“.

Im Gegensatz zu den Wortführern der Konservativen drückte Regierungssprecher Abdollah Ramezanzadeh in einem Interview mit der AFP seine Freude darüber aus, dass „eine iranische Muslimin wegen ihres Einsatzes für den Frieden eine internationale Auszeichnung erhalten“ habe. „Wir hoffen, in Zukunft mehr von ihren Kenntnissen profitieren zu können“, sagte er. Auch der parlamentarische Stellvertreter des Staatspräsidenten, Mohammad Ali Abtahi, zeigte sich glücklich, dass „eine Persönlichkeit aus Iran, ja noch mehr, eine iranische Frau den Friedensnobelpreis erhalten hat. Das ist ein Hinweis auf die politische und gesellschaftliche Rolle der Frauen in unserem Land. Die Tatsache, dass eine Juristin ausgezeichnet worden ist, lässt hoffen, dass die Justiz daraus die richtigen Lehren zieht und ihr Verhalten ändert.“

Sämtliche Wortführer der Reformbewegung, darunter zahlreiche Parlamentarier, bezeichneten die Preisverleihung als einen wichtigen Ansporn für alle, die sich für Menschenrechte, Freiheit und Demokratie einsetzen. Die reformorientierte Tageszeitung Schargh, die dem Ereignis mehrere Seiten widmete, meinte, die Welt habe endlich auf den Schrei der Menschen im Land nach Freiheit angemessen reagiert. Jeder Iraner werde den Preis auch als Anerkennung seiner eigenen Aktivitäten empfinden. Doch es gäbe auch Menschen, die „ihre knirschenden Zähne hinter einer Maske der Gleichgültigkeit verbergen“.

Die Nobelpreisträgerin wurde in Teheran mit großem Jubel empfangen

Über hunderttausend Menschen haben allen Versuchen der iranischen Staatsführung zum Trotz, den an Schirin Ebadi vergebenen Friedensnobelpreis als unbedeutend, ja sogar als Feindseligkeit gegen den Islam darzustellen, der Preisträgerin einen triumphalen Empfang bereitet. „Ich fühle mich wie ein Kind, das zu seiner Mutter zurück-

kehrt, wie ein Tropfen Wasser, der in den Ozean zurückkehren wird“ sagte Ebadi vor ihren Abflug nach Teheran.

Bereits Stunden vor der Ankunft der Maschine aus Paris waren die Straßen zum Flughafen Mehrabad voll gestopft. Frauen und Männer, die aus anderen Städten mit Bussen und Autos angereist waren, mussten lange Strecken zu Fuß zurücklegen. Zehntausende Frauen, die als Symbol des Friedens weiße Kopftücher und weiße Blumen trugen, nahmen mit ihren Kindern an der Begrüßung teil. „Dame des Friedens, sei willkommen in Iran“, skandierten sie. „Sei willkommen, Schirin (bedeutet auf Persisch: süß), süß ist die Freiheit, süß ist die Demokratie.“ Auf Plakaten wurde die Freilassung der politischen Gefangenen gefordert.

Doch nur ein kleiner Teil der Versammelten bekam Ebadi zu sehen. Der Flughafen war von Polizei und Sicherheitskräften abgeriegelt. Die Preisträgerin wurde im VIP-Pavillon von einem ausgesuchten Publikum, darunter dem Stellvertreter des Staatspräsidenten Mohammad Ali Abtahi, Regierungssprecher Abdollah Ramezanzadeh, einigen Parlamentsabgeordneten und Vertretern von Verbänden empfangen. Ebadi äußerte nur wenige Sätze. „Der Preis bedeutet, dass die Welt den Ruf der Menschen in Iran nach Menschenrechten und Demokratie vernommen hat“ sagte sie. „Ich wollte eine Rede halten, aber muss mich entschuldigen. Ab morgen stehe ich zu euren Diensten.“

Draußen in der Menge befand sich auch eine Gruppe von etwa zwanzig bärtigen, schwarz gekleideten Männern, die gegen die Preisträgerin protestierten. „Der Jubel des Feindes ist ein Eigentor, bitte Gott um Erbarmen“, oder: „Wir kondolieren zu dem Preis, den auch Carter, Arafat, Sadat, Begin und Peres erhalten haben.“, stand auf ihren Plakaten. Die Männer wurden ausgebuht, zu Handgemengen kam es nicht.

Der Unmut der Versammelten richtete sich auch gegen Präsident Chatami, der sich endlich nach viertägigem Schweigen auf Drängen von Journalisten zu dem Ereignis geäußert hatte. Er freute sich zwar darüber, dass eine Iranerin und Muslimin den Preis erhalten habe. Aber der Friedensnobelpreis sei nicht so wichtig wie etwa der Nobelpreis für Literatur oder Wissenschaften. Zudem sei der Preis mit politischen Absichten verbunden. Er hoffe, dass „die Da

me" sich nicht für „politische Ziele, die sich gegen die Interessen unseres Landes richten, missbrauchen lässt.“ „Hoch lebe Ebadi, schäme dich Chatami“, riefen die Versammelten. Die Journalistin und Frauenrechtlerin Schadu Sadr sagte: „Die Äußerungen Chatamis waren unerträglich. Das ist eine Missachtung von Millionen Frauen, die dem Präsidenten ihre Stimme gegeben haben.“

Am Tag nach ihrer Ankunft nahm Frau Ebadi an einer Pressekonferenz teil, bedankte sich für den großen Empfang und sagte: „Der Preis gehört allen, die sich in Iran für Menschenrechte und Demokratie einsetzen. Meine Aufgabe ist, der Welt mitzuteilen, dass meine Landsleute Krieg und Gewalt verabscheuen und ihre Rechte friedlich fordern. Wir werden diesen Weg fortsetzen.“ Die Preisvergabe an eine Muslimin bedeute aus ihrer Sicht, dass der Islam nicht die Religion des Terrors sei. Wenn im Namen des Islam getötet oder die Rechte der Frauen und Kinder eingeschränkt würden, sei dies ein Missbrauch der Religion. „Ich verkünde der ganzen Welt: Wir sind ein friedliches Volk, wir verabscheuen Gewalt und Terror, wir wollen mit anderen Religionen im Frieden leben.“ Ebadi forderte die Freilassung der politischen Gefangenen und schloss ihre Rede mit dem Appell: „Lassen Sie zu, dass dieses Volk vereint und in Freiheit lebt.“

Inzwischen ist bekannt geworden, dass Shirin Ebadi zahlreiche Morddrohungen erhalten hat. Die Gründungsmitglieder des „Vereins zur Verteidigung der Menschenrechte“ habe in einem Schreiben an Innenminister Mussavi Lari ihr Besorgnis über diese Drohungen zum Ausdruck gebracht und den Minister um Personenschutz für Nobelpreisträgerin gebeten.

Fünfter Kongress der Mosharekat-Partei Scharfe Attacken gegen Revolutionsführer Chamenei

Der Generalsekretär der Mosharekat-Partei, Mohammad Reza Chatami, hat bei der Eröffnung des fünften Kongresses seiner Partei Revolutionsführer Chamenei mit ungewöhnlicher Schärfe attackiert. Der Bruder des Staatspräsidenten und Vizepräsident des Parlaments erklärte, die Auslegung der Verfassung und des Systems des Welajat-e Faghieh (Herrschaft der Geistlichkeit)

seitens der Konservativen gestehe dem Revolutionsführer eine Macht zu, die noch kein Herrscher in der Welt besessen habe. Nach Auffassung des Wächterrats und der Konservativen insgesamt habe das Parlament im Rahmen des Systems nur einen formalen Charakter. Abgeordnete müssten sich nach dem Willen des Revolutionsführers richten und hätten kein Recht auf eine freie Entscheidung. Die Aufgabe der Justiz bestehe lediglich darin, jene Institutionen zu schützen, die dem Revolutionsführer unterstehen und die Aktivitäten der gewählten Organe zu unterbinden.

Kritik am Revolutionsführer und am System des Welajat-e Faghieh hat es in den letzten Jahren des öfteren gegeben, doch es ist das erste Mal, dass ein ranghoher Politiker die höchste Instanz der Republik so frontal angreift. „Der hartnäckige Widerstand einer Macht, die von höchstens 10-15 Prozent der Bevölkerung unterstützt wird, gegen Reformen, was zudem im Namen des Islam und der Revolution erfolgt, könnte im Volk den Wunsch nach einer Gesellschaft stärken, in der die Religion keine Rolle mehr spielt“, sagte Chatami. „Wir sind heute mit einer Macht konfrontiert, deren Rechtsauffassung von der Teheraner Staatsanwaltschaft, deren Ideologie von dem Wächterrat und von Institutionen wie das staatliche Fernsehen und der Rundfunk symbolisiert werden. In diesem Machtapparat sollen die Militär- und Sicherheitskräfte nicht etwa die nationale Souveränität und die Interesse des Volkes, sondern nur die der Machthaber schützen.“

Nach Auffassung der Konservativen sei der Revolutionsführer niemandem Rechenschaft schuldig, sagte der Generalsekretär. Dies gelte gleichermaßen für alle Institutionen, die ihm unterstehen. „Wir hingegen sind der Meinung, dass keine Instanz, nicht einmal die des Revolutionsführers, höher stehen kann als die Gesetze.“ Der Rahmen der Befugnisse des Revolutionsführers sowie aller ihm unterstehenden Instanzen sei von der Verfassung festgelegt worden. Demzufolge sei es rein rechtlich nicht möglich, Instanzen zu akzeptieren, die höher stehen als die Verfassung und die vom Parlament verabschiedeten Gesetze.

Chatami erklärte, es gäbe heute zwei entgegen gesetzte Auffassungen von der Islamischen Republik, eine absoluti

stische und eine demokratische. Seine Partei sei bereit, mit allen Gruppen und Strömungen, die Reformen anstreben und keine radikalen und umstürzlerischen Ziele verfolgen, zusammen zu arbeiten. „Unsere taktische Zusammenarbeit mit allen Gruppen, die gegen die Diktatur und für Demokratie stimmen, ist sowohl möglich als auch nützlich“, betonte der Generalsekretär der Moscharekat-Partei im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen im Februar nächsten Jahres.

Chatami beschrieb die Ziele seiner Partei wie folgt:

„Unser oberstes Ziel ist das Wohl des Volkes“. Dieses Ziel sei nur im Rahmen eines demokratischen Systems zu erreichen. Die Moscharekat-Partei sei bestrebt, Wissenschaft und Technologie verstärkt weiter zu entwickeln, um damit der sich verbreitenden Resignation in der Gesellschaft, der „Flucht der Köpfe“ ins Ausland sowie der Unterdrückung der Universitäten, Denker, Forscher und Studenten entgegen zu wirken. Die Partei werde sich niemals von friedlichen Kampfmethoden entfernen, sie werde jedoch gleichzeitig niemals Instanzen akzeptieren, die sich über die Gesetze und die Verfassung stellen.

Die wichtigste Stütze der Partei sei das Volk. Sämtliche Versuche, durch Zeitungsverbote, Inhaftierung von Journalisten, Sprengung von Veranstaltungen und Versammlungen, die Verbindung der Partei zum Volk abubrechen, wären gescheitert. Es gäbe heute zum Glück genügend Kräfte im Land, die die Reformbewegung unterstützen und sich nicht von der herrschenden Macht einschüchtern lassen. „Dennoch müssen wir uns ernsthaft bemühen, um neue Wege zur Durchsetzung unserer Ziele zu finden“, sagte Chatami.

Der Generalsekretär der größten Reformpartei des Landes übte auch Kritik an die führenden Mitglieder der Reformbewegung, die nach seiner Meinung „die gesetzlichen Möglichkeiten nicht ausgeschöpft und gegen die Machthaber nicht genügend Widerstand geleistet haben“. Man habe es auch versäumt, die potentiellen Kräfte zum Aufbau der Demokratie einzusetzen. Politische Beobachter deuten die Äußerung als Kritik am Staatspräsidenten Chatami.

In einer ersten Stellungnahme zur Rede Chatamis sagte Hassan Ghafurifard, Vorstandsmitglied der rechtsgerichteten

„Islamischen Vereinigung“, er begrüße, dass Chatami alle Gruppen, die Gewalt anwenden und umstürzlerische Gedanken verbreiten, ablehne. Er jedoch könne der Aussage nicht zustimmen, dass alle Organe, die dem Revolutionsführer unterstehen, den Interessen des Volkes zuwider handeln. Er könne auch keinerlei Einschränkungen für die Macht des Revolutionsführers akzeptieren. „Denn gemäß der Verfassung ist die Macht des Revolutionsführers absolut“, sagte Ghafurifard.

Hadjarian; „Bis zum März sind wichtige Ereignisse zu erwarten“

Said Hadjarian, Mitglied des Zentralrats der Moscharekat-Partei, erklärte bei einem Treffen mit Mitgliedern seiner Partei in der Stadt Kermanschah, bis zum März könnten Ereignisse stattfinden, die sogar die Durchführung der Parlamentswahlen verhindern könnten. Die internationale Lage, auch der Druck, der zur Unterzeichnung des Atomprotokolls auf Iran ausgeübt werde, würden sicherlich nicht ohne Wirkung auf die Lage in Iran bleiben. „Warten wir ab, was in den nächsten Monaten passiert“, sagte Hadjarian.

Hadjarian, der zu den Meinungsmachern der Reformbewegung gehört und auf den vor vier Jahren ein Attentat verübt wurde, äußerte sich auch zu in vier Monaten bevorstehenden Wahlen. Die Teilnahme seiner Partei an den Wahlen hinge davon ab, wie weit der Wächterrat und die Konservativen bei der Festlegung der Kriterien für die Zulassung von Kandidaten zu Kompromissen bereit sein werden. Für die Rechte bedeute das Votum des Volkes nichts als ein formaler Akt, womit man sich schmücken könnte. Sie würde sich auch mit „Scheinwahlen“ zufrieden geben. „Wir werden jedoch nicht bereit sein, uns an diesem Spiel zu beteiligen und die Rolle des Kofferträgers spielen“, betonte Hadjarian. Er vermute allerdings, dass der Wächterrat für bestimmte Kandidaten den Zugang zum Parlament offen lassen, andere jedoch zurückweisen werde. Die Absicht dabei sei, die Fraktion der Reformer zu spalten- „eine Strategie, die die Konservativen seit geraumer Zeit verfolgen“.

„Meiner Ansicht nach“, sagte Hadjarian, „müssten die Reformer in diesem Fall versuchen, das Parlament wenigstens als Tribüne zu benutzen. Man

darf die Macht nicht so leicht aus der Hand geben.“ Ein von Konservativen beherrschtes Parlament würde Chatami vollends „ins Unglück stürzen“. Ein solches Parlament würde die restlichen kritischen Zeitungen verbieten

Roshanak Dariusch gestorben

Roshank Dariusch ist am 1. November infolge einer längeren Krebskrankheit gestorben. Sie war Mitglied des iranischen Schriftstellerverbands und Übersetzerin zahlreicher Bücher aus der deutschen Literatur, darunter Werke von Lion Feuchtwanger und Günter Grass. Frau Dariusch kehrte nach ihrer Teilnahme an der im April 2000 von der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin veranstalteten Iran-Konferenz nicht mehr in die Heimat zurück. Ihr drohte im Falle der Rückkehr eine langjährige Gefängnisstrafe. Während ihres Aufenthalts in Deutschland war sie eine Zeit lang Stipendiatin der P.E.N und danach Mitarbeiterin der Heinrich-Böll-Stiftung. Sie erlag nach Monate langem Krankenhausaufenthalt in München dem Krebsleiden.

Staatsanwalt Mortazawi soll auf die Anklagebank

Das iranische Parlament hat den Chef der Teheraner Staatsanwaltschaft, Said Mortazawi, beschuldigt, die iranisch-kanadische Fotoreporterin Zahra Kazemi ohne rechtliche Grundlage inhaftiert und Verhören ausgesetzt zu haben, die schließlich zu ihrem Tod geführt hatten. Der Bericht des Justizausschusses wurde nach zweiwöchiger Debatte trotz des Widerstands der konservativen Minderheit in der öffentlichen Sitzung am 29. Oktober verlesen und direkt vom Rundfunk übertragen.

Die Fotoreporterin hatte sich während der Studentenproteste im Sommer diesen Jahres in Teheran aufgehalten. Am 10. Juni wurde sie beim Fotografieren des Teheraner Evin-Gefängnisses unter dem Verdacht der Spionagetätigkeit verhaftet und nach Verhören von über 77 Stunden mit schweren Kopfverletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert, wo sie zwei Wochen später starb.

Staatsanwalt Mortazawi hatte zunächst das Verbrechen zu vertuschen versucht und das Kultusministerium erpresst, zu erklären, dass die Journalistin infol-

ge eines Schlaganfalls gestorben sei. Als jedoch wenige Tage später die Todesursache durch eine von Präsident Chatami eingesetzte Untersuchungskommission bekannt wurde, versuchte er die Schuld dem Informationsministerium in die Schuhe zu schieben. Er ging sogar soweit, dass er einen Angestellten des Informationsministeriums wegen eines „halb vorsätzlichen Mordes“ verhaften ließ. Das Informationsministerium setzte sich zur Wehr und drohte, sollte die Justiz weiterhin die Wahrheit zu vertuschen versuchen, werde es alle Fakten der Öffentlichkeit mitteilen. Auf Grund dieser Intervention wurde der mutmaßliche Täter, ein Geheimdienstagent namens Mohammad Reza Aghdam Ahmadi, nach Auskunft seines Anwalts gegen eine Kaution von 300 Millionen Rial (rund 32.000 Euro) aus der Untersuchungshaft entlassen. Ahmadi hatte stets seine Unschuld beteuert.

Der Justizausschuss stellte in seinem Bericht fest, die Reporterin sei, entgegen der Behauptung des Staatsanwalts, akkreditiert gewesen. Ihre Inhaftierung sei, wie auch vom Informationsministerium bestätigt, ohne jede rechtliche Handhabe erfolgt. Der Staatsanwalt habe auch seine Pflicht verletzt, indem er sich geweigert habe, der Einladung des Ausschusses zur Teilnahme an einer Anhörung Folge zu leisten. Diese eindeutige Missachtung der Pflichten und Gesetze müsse der Staatsanwalt vor Gericht verantworten.

Dieser Frontalangriff des Parlaments gegen die Justiz stellt in der Auseinandersetzung zwischen Konservativen und Reformern einen neuen Höhepunkt dar. Es besteht zwar kein Zweifel darüber, dass Staatsanwalt Mortazawi in mehrfacher Hinsicht die Gesetze missachtet hat und an dem Mord der Fotoreporterin beteiligt gewesen ist. Es steht auf jeden Fall fest, dass er den Haftbefehl erteilt und persönlich an den Verhören teilgenommen hatte. Gerüchte besagen sogar, dass er während des Verhörs der Journalistin mit dem eigenen Schuh mehrmals auf den Kopf geschlagen haben soll. Ob es jedoch tatsächlich gelingen wird, dem einflussreichen Staatsanwalt den Prozess zu machen, ist fraglich. Er selbst hatte vor kurzem gesagt, er unterstehe direkt dem Revolutionsführer und befolge nur dessen Anweisungen. Bis vor kurzem war Mortazawi als Richter tätig. Die meisten Verbote von über 90 Zeitungen in den letzten drei Jahren

gehen auf seine Rechnung, ebenso wie zahlreiche Willkürurteile gegen Journalisten und Intellektuelle.

Während der Verlesung des Berichts kam es zu tumultartigen Szenen. Der konservative Abgeordnete Ahmad Nategh Nuri warf der Mehrheitsfraktion der Reformer vor, aus dem Fall politisches Kapital schlagen zu wollen. Für den Vorfall sei nicht das Parlament zuständig. Was der Ausschuss gemacht habe, sei nichts als Nestbeschmutzung und Kollaboration mit in- und ausländischen Feinden. „Das ist Wasser auf die Mühlen unserer Feinde“, sagte Nuri, es diene dazu, „den Druck von außen auf unser Land“ zu verstärken und „unseren Widerstand zu schwächen“.

Zeitungsleser in Iran waren erstaunt, dass nur „Yase No“ als einzige Zeitung über den Bericht und die Debatte im Parlament berichtet hat. Wie der Internetdienst Rooydad berichtet, stellte sich heraus, dass Staatsanwalt Mortazawi sogleich nach der Parlamentsitzung die Zeitungsredaktionen angewiesen hatte, von einem Bericht über den Ausschussbericht abzusehen, andernfalls werde er unverzüglich die Zeitung verbieten. Einige Zeitungen hätten eine entsprechende Anweisung aus dem Büro des Revolutionsführers Chamenei erhalten.

Nach Bekanntwerden dieses Vorgangs hat der „Verband zur Verteidigung der Pressefreiheit“ die unverzügliche Absetzung Mortazawis gefordert. Das Vorgehen des Staatsanwalts sei ein eindeutiger Verstoß gegen die Verfassung und gegen die Pressefreiheit, heißt es in der Erklärung des Verbands. Es sei nicht das erste Mal, dass die Justiz, insbesondere die Staatsanwaltschaft die Verfassung sowie die Pressegesetze missachte. Mortazawi müsse vor Gericht gestellt und wegen Amtsmissbrauch und Missachtung der Gesetze bestraft werden. Der Chefredakteur der Monatschrift „Aftab“, Isa Saharhkis, wies in einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur ILNA auf Artikel 5 der Pressegesetze, in dem es heißt, die Presse habe das Recht, die Öffentlichkeit über die Vorgänge im In- und Ausland zu informieren. Weiterhin werde in Artikel 4 den staatlichen Organen ausdrücklich das Recht abgesprochen, die Presse zu zwingen, einen Bericht zu veröffentlichen bzw. nicht zu veröffentlichen. Eine Missachtung dieses Gesetzes werde mit sechs Monaten bis zwei Jahren und bei Wiederholung mit

dauerhafter Suspendierung vom Amt bestraft. Saharhkiz forderte die Zeitungsredaktionen auf, „der Furcht vor Repressionen Widerstand zu leisten und ihre Pflicht, die Öffentlichkeit zu informieren, nicht zu versäumen“.

694 Menschen in Iran an Aids gestorben.

Das medizinische Zentrum der Beheshti-Universität in Teheran gab bekannt, dass bisher 694 Menschen in Iran an der Aids-Krankheit gestorben sind. Die Leiterin des Zentrums, Zahra Sarwestani, erklärte, erstmals seien die ersten Anzeichen von Aids bei einem Kind beobachtet worden. Zurzeit gäbe es in Iran 4.838 Männer und 248 Frauen, die mit dem Aids-Virus infiziert seien. 27 Prozent der Betroffenen seien in einem Alter zwischen 25 und 34 Jahren. 7,3 Prozent der Erkrankten seien durch Geschlechtsverkehr, 3,5 Prozent durch Bluttransfusion und 62,8 Prozent durch Drogeninjektion infiziert worden. Bei drei Prozent ist die Krankheit von der Mutter auf das Kind übertragen worden. Bei 26,1 Prozent sei die Ursache der Infizierung nicht bekannt. Unter den in Lagern oder Gefängnissen befindlichen Drogensüchtigen seien 980 HIV infiziert.

II. Wirtschaft

Jahreswirtschaftsbericht der Regierung Chatami

Präsident Chatami legte dem Parlament einen umfassenden Bericht über die Wirtschaft des Landes vor. „Man kann aus diesem Bericht herauslesen, (...) in welchen Bereichen wir nicht weiterkommen konnten“, sagte der Präsident in der Einleitung seines Berichts über das dritte Jahr des Fünfjahresplans.

Zunächst sprach Chatami über die demographischen Besonderheiten des Landes. Ein Drittel der Gesamtbevölkerung des Landes sei zwischen 15 und 29 Jahre alt. Der rasche Anstieg der Bevölkerungszahl sei auf die ersten Jahre der Revolution zurück zu führen, in denen die Familien aufgefordert wurden, mehr Kinder zu zeugen. Auch in den folgenden Jahren habe es aus religiösen Gründen keine Geburtenkontrolle gegeben.

In den ersten drei Jahren des Fünfjahresplans, das heißt von 1999 bis 2002 sei die Zahl der Arbeitsfähigen von 39,4 Millionen auf 42,3 Millionen gestiegen. Im selben Zeitraum hätten zusätzliche 2,9 Millionen Jugendliche eine Beschäftigung gesucht. Zwar seien diese Jugendlichen teilweise von Aus- und Weiterbildungseinrichtungen aufgenommen worden, doch immerhin rund 700.000 von ihnen seien auf dem Arbeitsmarkt erschienen. Allein dieses Faktum sei ein Indiz für den enormen Druck, der die iranische Wirtschaft belastet.

Chatami führte aus, dass in den restlichen zwei Jahren des Plans jährlich 904 tausend neue Arbeitsplätze eingerichtet werden sollen. Das Amt für Statistik hat die Zahl der Arbeitslosen für die Jahre 2000, 2001 und 2002 mit 14,25, 14,2 und 12,8 Prozent angeben. Trotz des Rückgangs der Zahl der Arbeitslosen gab Chatami bekannt, dass 2,5 Millionen Menschen im Land ohne Arbeit seien.

Der Wert von Importwaren und Dienstleistungen habe sich im Jahr 2002 um 5,7 Milliarden Dollar erhöht. Der Gesamtwert der importierten Waren und Dienstleistungen habe 31,4 Milliarden Dollar betragen, was im Vergleich zum Vorjahr eine Erhöhung um 41 Prozent darstellt.

Die iranischen Auslandsschulden betragen im vergangenen Jahr 9,25 Milliarden, was im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung von rund 2 Milliarden Dollar aufweist. Nach Aussagen Präsident Chatamis betragen die gesamten Auslandsschulden Irans 26,4 Milliarden Dollar.

Iran - das Land mit dem höchsten Drogenkonsum in der Welt

Nach einem Bericht der Vereinten Nationen steht Iran bezüglich des Drogenkonsums (Opium, Heroin und Morphinum) an erster Stelle in der Welt. Dasselbe gilt für die Menge der Rauschmittel, die jährlich entdeckt werden. So wurden 54 Prozent der gesamten Drogen, die in der Welt sicher gestellt wurden, in Iran gefunden. Nach Einschätzung der UNO befinden sich 76 Prozent des gesamten Opiums, 19 Prozent des Heroins und Morphiums und 5 Prozent des Haschischs in Iran. Zugleich gilt Iran als eines der wichtigsten Länder, die für den Transit von Drogen benutzt werden. Irans gemeinsame Grenze mit Afghanistan hat eine Länge von 1200 Kilometer. Zwar wird diese Grenze von rund 30.000 Polizisten und Grenzbeamten kontrolliert, dennoch sind weite Teile der Grenze durchlässig. Der Konsum von Opium hat in Iran ebenso wie im gesamten Mittleren und Fernen Osten eine lange Tradition. Seit Bestehen der Islamischen Republik hat der Konsum nicht nur des Opiums, sondern auch des Heroins, insbesondere unter Jugendlichen rapide zugenommen.

Die Iranische Polizei hat Mitte Oktober 40 Tonnen Rauschgift verbrannt. Die Drogen, vor allem Opium und Morphinum im Wert von mehreren Milliarden Dollar, wurden effektiv vor Polizeikommandeuren und Vertretern der Vereinten Nationen in Brand gesetzt. In den vergangenen Jahren wurden 3400 iranische Polizisten im Kampf gegen Drogenschmuggel getötet.

Mohammad Moradgholi, Leiter der Behörde zur Bekämpfung der Drogensucht, erklärte gegenüber der Nachrichtenagentur IRNA, gegenwärtig werde die Zahl der Drogensüchtigen auf 2,5 Millionen geschätzt. Auch er wies auf die geographische Lage des Landes, die den Drogenschmuggel und Drogensucht begünstigt. Die Drogensucht gehöre zurzeit zu den wichtigsten Problemen des Landes. Seine Behörde habe nun der Regie

rung einen umfassenden Plan zum Kampf gegen Drogensucht vorgelegt und hoffe damit Lösungen, vor allem zur Rettung von Jugendlichen gefunden zu haben.

Das Werben um ausländisches Kapital nicht so erfolgreich wie erhofft

Nach einem Bericht der BBC hat in den letzten Monaten eine ganze Reihe von ausländischen Investoren, die zuvor Investitionen in Iran beantragt hatten, ihren Antrag zurückgezogen. Allein im vergangenen Monat haben, wie die Tageszeitung Hamshahri berichtet, 18 Unternehmen ihr Vorhaben, in Iran zu investieren, gekündigt.

Zwar hat Wirtschafts- und Finanzminister Tahmaseb Mazaheri diese Berichte nicht bestätigt, jedoch erklärt: „Unter den Antragstellern sind welche, die ernsthaft an einer Investition interessiert sind, andere hingegen nehmen ihren Antrag nicht so ernst.“ Die Entscheidung liege selbstverständlich bei den Investoren, sagte der Minister. „Sie können sich Zeit lassen und alles gründlich überlegen.“ Die Aufgabe der Regierung sei es, den Investoren jede mögliche Erleichterung zu gewähren.

In der Tat ist die Regierung bemüht, die Probleme, die mit dem vor einem Jahr in Kraft getretenen Investitionsgesetz verbunden sind, zu beseitigen. Neuerdings hat sie in den Provinzhauptstädten Büros eingerichtet, um ausländischen Unternehmern zu helfen. Auch der „Schlichtungsrat“ ist dabei, neue Richtlinien zu entwerfen, um das Interesse ausländischer Investoren zu steigern. Dazu gehören unter anderem die Festlegung von Investitionsbedingungen, die Stabilisierung der Währung und der Preise der Waren.

Trotz dieser Bemühungen entspricht das Interesse der ausländischen Unternehmer nicht den hohen Erwartungen. Das liegt vermutlich an der unsicheren politischen Lage. Der Konflikt mit der Internationalen Atombehörde (IAEA) und die Zuspitzung politischer Auseinandersetzungen im Vorfeld der Parlamentswahlen erhöhen für ausländische Unternehmer das Risiko und führen zu größerer Vorsicht.

Nichtsdestotrotz verzeichnet das Land nach Angaben der Regierung seit dem neuen Investitionsgesetz einen Anstieg

der Investitionen. Ahmad Mortazawi, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, gab in einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur IRNA bekannt, dass in den vergangenen zehn Monaten rund 1,2 Milliarden US-Dollar investiert worden sind. Das ist 3,5 mal höher als der Durchschnitt vergangener Jahre. Unter den Unternehmern stehen die Deutschen mit einem Anteil von 14 Prozent an erster Stelle, gefolgt von Großbritannien mit 12 Prozent und Italien mit 11 Prozent.

Der Stromverbrauch wird sich in den nächsten zehn Jahren verdoppeln

Laut Nachrichtenagentur ILNA erklärte Energieminister Bitaraf, Irans Stromverbrauch werde sich innerhalb der nächsten zehn Jahre verdoppeln. Die iranische Stromindustrie habe bisher in der industriellen Entwicklung des Landes eine Vorreiterrolle gespielt, sagte der Minister. Diese Position sei dadurch erreicht worden, dass es gelungen sei, die vom Land benötigte Strommenge zu produzieren, den Strom sachgerecht zu übertragen und zu verteilen. Iran stehe heute in der Welt bezüglich der Stromversorgung an neunzehnter Stelle. Zurzeit verfüge Iran insgesamt über 32 Megawatt Strom. Alle Städte sowie 74000 Dörfer seien mit Strom versorgt. Das bedeute, dass rund 98 Prozent der Bevölkerung Strom erhalten.

Iran habe in den letzten Jahren versucht, durch Qualifizierung der Fachkräfte und Modernisierung der Einrichtungen (für Produktion und Verteilung) die Stromversorgung zu verbessern und weiter zu entwickeln. Iran sei seit kurzem sogar in der Lage, Strom in die Nachbarländer Pakistan und Afghanistan zu exportieren. In naher Zukunft soll der Stromtransport zwischen Turkmenistan und der Türkei über Iran erfolgen.

29 Millionen neue Arbeitsplätze innerhalb der nächsten 20 Jahren

Wie das iranische Zentrum für Forschung und Management mitteilt wird die Zahl der Arbeitsfähigen Irans innerhalb der nächsten 20 Jahre auf 61 Millionen steigen. Dementsprechend müssen während desselben Zeitraums 29 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Der Direktor des Forschungszentrums betonte in einem In

terview mit der Nachrichtenagentur IL-NA, diese Perspektive bedeute eine große Herausforderung für die ganze Nation. Auf einer zweitägigen Tagung des Forschungszentrums im November sollen langfristige Pläne für die Lösung existenziell wichtiger Aufgaben und Richtlinien für eine Beschäftigungspolitik diskutiert werden.

Stahl- und Kupferindustrie sollen privatisiert werden

„Iran hat im vergangenen Jahr 7,5 Millionen Tonnen Stahl produziert“, sagte der Staatssekretär im Industrie- und Bergbauministerium, Djafar Sarghini der studentischen Nachrichtenagentur ISNA. In diesem Jahr seien in den ersten sechs Monaten bereits vier Millionen Tonnen Stahl produziert worden. Damit habe das Land sein vorläufiges Ziel, mit einem Prozent an der Gesamtstahlproduktion in der Welt beteiligt zu sein, erreicht. Die Regierung habe die Absicht, im vierten Fünfjahresplan der Stahl-, Kupfer-, Aluminium- und besonders der Zementindustrie den Vorrang zu geben. Hinzu kämen Fahrzeug- und Werkzeugbau.

Bezüglich der Privatisierung dieser Industriezweigen sagte der Staatssekretär, bisher seien zwei Zementfabriken vollständig privatisiert worden. Die Privatisierung von vier weiteren Fabriken werde zurzeit verhandelt. Mit dem Eintritt in den internationalen Börsenmarkt würden die Stahl- und Kupferindustrie ebenfalls privatisiert.

Der Export von Industrie- und Bergbauprodukten habe im vergangenen Jahr 870 Millionen Dollar betragen. Das ist 27 Prozent des gesamten Exports, der außer Erdöl durch Schwerindustrie, Bergbau und die petrochemische Industrie getätigt wurde. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres waren Industrie und Bergbau mit einem Exportvolumen von 340 Millionen Dollar mit 28 Prozent am Gesamtexport beteiligt.

Die jährliche Produktion von Aluminium habe mit einem Anstieg von acht Prozent ein Volumen von 170 tausend Tonnen und die von Kupfer ein Volumen von 150 tausend Tonnen erreicht. Damit könne das Land den Eigenbedarf decken und einen Teil der Produktion exportieren.

Pistazien, Safran, Rosinen, Erbsen - Export landwirtschaftlicher Produkte nahm um 50 Prozent zu

Der Wert des Exports von landwirtschaftlichen Produkten ist in diesem Jahr im Vergleich zum Vorjahr um 52,7 Prozent auf 512,3 Millionen Dollar gestiegen. Wie das iranische Zollamt berichtet wurden 1400 Tonnen Waren ins Ausland exportiert. Das ist dem Wert nach 20,4 Prozent des gesamten iranischen Exports außer Erdöl. Mit dieser Steigerung konnte 79,1 des im dritten Fünfjahresplan vorgesehenen Volumens erreicht werden. Unter den exportierten Landwirtschaftsprodukten stehen Pistazien mit 272,2 Millionen US-Dollar an erster Stelle, gefolgt von Safran (24,7 Millionen US-Dollar), Rosinen (24,5 US-Dollar) und Erbsen (20,9 US-Dollar).

III. Außenpolitik

Resolution EU-Rat über Iran

Der Europäische Rat hat in seiner zweitägigen Sitzung in Brüssel am 16. und 17. Oktober noch einmal „seine ernste Sorge über das Nuklearprogramm Irans“ zum Ausdruck gebracht und bekräftigt, dass er die Resolution des Gouverneursrats der Internationalen Atombehörde (IAEA) uneingeschränkt unterstützt. In dieser Resolution wurde Iran ultimativ aufgefordert, sein Atomprogramm offen zu legen und mit der Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zum Atomsperrvertrag der Atombehörde gestatten, unangemeldet iranische Atomanlagen zu untersuchen.

Der Europäische Rat appellierte erneut an Iran, das Zusatzprotokoll „zügig und ohne Bedingungen zu unterzeichnen, zu ratifizieren und umzusetzen und unverzüglich dementsprechend zu handeln“. Der Rat ging noch einen Schritt über die bisherigen Forderungen hinaus und verlangte, „alle Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Urananreicherung und der Wiederaufbereitung zu suspendieren“. Das ist genau die Forderung, gegen die sich Iran wendet. Angereichertes Uran könne auch zu friedlichen Zwecken verwendet werden, sagte Außenminister Charrasi. Iran habe wie jedes andere Land das Recht, die moderne Technologie zu nutzen. Auch Präsident Chatami bezeichnete die Resolution der Atombehörde als „unfair“. Auf einer Pressekonferenz am Rande der Konferenz islamischer Staaten in Malaysia sagte er: „Schon aufgrund unserer religiösen Überzeugung sind wir gegen die Verbreitung von Nuklearwaffen.“

Das Ultimatum der Atombehörde, das am 31. Oktober abgelaufen ist, hatte in Iran zu kontroversen Diskussionen zwischen Reformern und Konservativen geführt. Während die Reformer mit dem Hinweis auf mögliche Gefahren für das Land für die Unterzeichnung des Zusatzprotokolls und die Offenlegung des Atomprogramms eintreten, haben sich Vertreter der Konservativen gegen jedes Zugeständnis gegenüber der IAEA ausgesprochen. Die nationale Souveränität sei in Gefahr, warnen sie. Es sei die Wiederholung desselben Vorgangs, der sich im Irak abgespielt habe. Zunächst kämen die Inspektoren, die überall schnüffeln und Unwahrheiten verbreiten, danach würde der UN-Sicherheitsrat Sanktionen beschließen. Am Ende käme es zu einem militärischen

Angriff. Dies sei der Plan der USA und Israels. Tatsächlich planen die USA, im UN-Sicherheitsrat Sanktionen gegen Iran zu beschließen. Das deutsche Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ und einige israelische Zeitungen berichten von einem Plan Israels, in einem Blitzangriff iranische Nuklearanlagen zu zerstören. (siehe auch S. 16 dieses Iran-Berichts)

Die Europäische Union hat bisher versucht (im Gegensatz zur Politik der USA, die Islamische Republik vollständig zu isolieren und alle Mittel einzusetzen, um in Iran einen Regimewechsel herbeizuführen), durch einen „konstruktiven Dialog“ die Reformbewegung in Iran zu unterstützen. „Die Europäische Union ist weiterhin bereit, Möglichkeiten für eine umfassendere Zusammenarbeit mit Iran zu prüfen“, heißt es in dem Ratsbeschluss. Doch dies lasse sich „nur durch ein größeres Vertrauen der internationalen Gemeinschaft in die friedliche Natur des iranischen Nuklearprogramms und durch Fortschritte bei der Achtung der Menschenrechte und der Terrorismusbekämpfung und bei Irans Standpunkt zum Friedensprozess im Nahen Osten verwirklichen“.

Überraschungsbesuch von drei europäischen Außenministern in Teheran

Iran hat den Außenministern Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens gegenüber versichert, sein Atomprogramm zur Anreicherung von Uran einzustellen und das Zusatzprotokoll zum Atomsperrvertrag zu unterzeichnen. Dies ging aus einer gemeinsamen Erklärung hervor, die nach stundenlangen Gesprächen in Teheran veröffentlicht wurde.

Die drei Außenminister Joschka Fischer, Dominique de Villepin und Jack Straw, deren Blitzreise nach Teheran bis zuletzt geheim gehalten wurde, hatten wohl den letzten Versuch unternommen, Iran im Konflikt mit der Internationalen Atombehörde (IAEA) zum Einlenken zu bewegen. Die Reise erfolgte auf Einladung Irans.

Außenminister Fischer bewertete den Besuch in Teheran als ein „entscheidendes Moment“. Es liege im Interesse Irans, zu einer Einigung zu kommen. Sollte dies nicht gelingen, gäbe es ein „ernstes Problem“. Die europäischen Außenminister akzeptierten im Gegen-

zug, die friedliche Nutzung der Nuklearenergie in Iran zu unterstützen und mit dem Land bei der Entwicklung moderner Technologie zu kooperieren. „Heute haben wir eine Lösung für die schwebenden Probleme gefunden“, sagte De Villepin. In welchem Zeitrahmen die nun geplanten Schritte erfolgen werden, wurde noch nicht festgelegt.

Die Vereinbarung ist nicht nur für die EU, sondern auch für die Reformer um Präsident Chatami ein voller Erfolg. Sie wird, sollte sie tatsächlich eingehalten werden, auch auf die Beziehungen zwischen Iran und der EU eine positive Wirkung haben. Mit dem Einlenken Irans wurde vorerst eine der von der EU aufgestellten Bedingungen zur Unterzeichnung eines umfassenden Kooperations- und Handelsvertrags erfüllt. Es bleibt die Hoffnung, dass auch bei den anderen Voraussetzungen, die Menschenrechte in Iran zu achten, beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu kooperieren und den Friedensbemühungen im Nahen Osten zu unterstützen, ebenfalls Fortschritte erzielt werden.

Das Ultimatum der IAEA abgelaufen

Das Ultimatum der Internationalen Atombehörde an die Islamische Republik Iran, ihr Atomprogramm offen zu legen und das Zusatzprotokoll zum Atomsperrvertrag zu unterzeichnen, ist am 31. Oktober abgelaufen. Die Initiative, Iran international unter Druck zu setzen, ging vor allem von den USA aus. Sie hegen den Verdacht, Iran plane den Bau von Nuklearwaffen. Sollte Iran den Forderungen der Atombehörde nicht nachkommen, wird Washington nach eigenen Angaben versuchen, über den UN-Sicherheitsrat Sanktionen gegen das Land zu beschließen.

Zwei Tage vor Ablauf des Ultimatums erklärte der Generaldirektor der IAEA, Mohammed El Baradei, in einem Interview mit der FAZ, Iran habe zwar eine ganze Reihe von Informationen vorgelegt, doch es gäbe noch viele Fragen. „Wir sind noch nicht in der Lage, ein klares Urteil abzugeben“, sagte er. Er werde bei der nächsten Sitzung des Gouverneursrats „einige Fragen beantworten“ können, andere müssten „nach dem November“ untersucht werden.

Die Verzögerungstaktik Irans hat innenpolitische Gründe. Während die Reformer um Präsident Chatami für eine

volle Kooperation mit der Atombehörde eintreten, lehnen die Konservativen jedes Zugeständnis ab. Sie bezeichnen die mit den europäischen Außenministern getroffene Vereinbarung als Landesverrat. Der Druck von rechts hat bereits zur Aufweichung der mit den Europäern getroffenen Vereinbarung geführt. Hasan Rohani, Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates, erklärte: „Für uns ist nicht wichtig, was die Europäer wollen, sondern, dass wir auf der IAEA-Tagung im November unser Ziel erreichen.“ Er betonte: „Iran verfügt über eine Technologie zur Uran-Anreicherung und wird sie nicht aufgeben. Ein befristeter Aufschub der Anreicherung bedeutet nicht, dass wir alle Aktivitäten auf diesem Gebiet stoppen werden.“ Staatspräsident Chatami meinte dagegen, Iran werde darüber nachdenken und außerdem das Zusatzprotokoll zum Atomsperrvertrag unterzeichnen. Aber auch Chatami ist sich dessen bewusst, dass die Unterzeichnung des Zusatzprotokolls durch die Regierung noch keineswegs die endgültige Zustimmung zu den Forderungen der Atombehörde bedeutet. Der Vertrag muss, wie jedes Staatsabkommen mit einem anderen Land vom Parlament ratifiziert, vom Wächterrat genehmigt und schließlich vom Revolutionsführer abgesegnet werden. Diese Prozedur braucht Zeit und der Erfolg ist alles andere als sicher. Denn das letzte Wort liegt nicht bei den Reformern, sondern bei den Konservativen.

Allem Anschein nach versuchen nun die Konservativen um Ex-Staatspräsident Hashemi Rafsandjani, die Differenzen zwischen den USA, die Iran isolieren wollen und der EU, die auf dem Wege eines „konstruktiven Dialogs“, Reformen in Iran forcieren möchte, zu ihren Gunsten zu nutzen. Diese Taktik ist nicht ohne Gefahr. Denn es ist höchst fraglich, ob die EU bereit sein würde, sich für die Interessen Irans instrumentalisieren zu lassen und damit die ohnehin mit den USA bestehenden Konflikte zu vertiefen.

Iran lehnt Gespräche mit den USA ab

Die iranische Regierung hat am 30. Oktober den Vorschlag des US-Vizeaußenministers Richard Armitage abgelehnt, mit Iran über bestimmte Themen Verhandlungen zu führen. Regierungssprecher Abdollah Ramezanzadeh, erklärte am Vortag auf seiner wöchentlichen Pressekonferenz, solange die

US-Regierung Iran gegenüber ihr feindliches Verhalten nicht ändere, werde sein Land jeden Vorschlag Washingtons zu gemeinsamen Gesprächen ablehnen.

Armitage hatte bei seinem Bericht vor dem amerikanischen Kongress betont, die US-Regierung habe zwar zurzeit nicht die Absicht, die Beziehung zu der Islamischen Republik Iran zu normalisieren, schlage jedoch vor, über bestimmte Themen wie Irak, Afghanistan oder Kampf gegen Drogenschmuggel mit der Regierung in Teheran Gespräche zu führen. Diese Gespräche sollten zunächst nicht bilateral, sondern in Form eines Meinungsaustauschs im Rahmen der Vereinten Nationen geführt werden.

„Wir erwarten von Washington konkrete Schritte“, sagte Ramezanzadeh. „Man kann nicht auf der einen Seite einem Land mit Sanktionen drohen und seine Guthaben sperren und auf der anderen Seite Verhandlungen vorschlagen.“ Iran werde Washington die angeforderten Informationen über die in Iran inhaftierten Mitglieder der Terrororganisation Al Qaida nicht zur Verfügung stellen, betonte er. Washington hatte bereits zuvor Teheran mehrmals aufgefordert, die Mitglieder von Al Qaida entweder an die USA oder an die Herkunftsländer auszuliefern.

Das iranische Außenministerium lehnte diese Forderung ab. Außenamtssprecher Hamid Reza Assefi bezeichnete sie als „abwegig“. „Die Al Qaida-Mitglieder, die sich zurzeit in Iran in Haft befinden, werden in Iran vor Gericht gestellt und nach iranischen Gesetzen verurteilt“, sagte er.

Der iranischen Führung ist bewusst, dass die USA in Afghanistan, Irak, auch im Nahostkonflikt, auf dem Gebiet des Drogenschmuggels sowie im Kampf gegen den internationalen Terrorismus auf die Mitarbeit Irans angewiesen sind. Auf der anderen Seite haben die Erfahrungen im Irak gezeigt, welche unlösbaren Probleme eine Intervention schaffen kann. In Anbetracht dieser Erfahrungen ist es kaum denkbar, dass die USA das Abenteuer eines gewaltsamen Umsturzes in Iran wagen würden. Diese beiden Aspekte verleihen Iran eine gewisse Stärke, die der Staatsführung erlaubt, weit selbstbewusster als vor dem Irak-Krieg den USA die Stirn zu bieten und Konzessionen zu verlangen. Die Ablehnung des amerika-

nischen Gesprächsangebots erfolgt im Rahmen eben dieser Strategie.

Iran überreichte der UNO eine Namensliste der inhaftierten Al Qaida-Mitglieder

Wie das iranische Außenministerium bekannt gab, hat das Ministerium eine Liste von 225 mutmaßlichen Mitgliedern der Terrororganisation Al Qaida, die sich in iranischer Haft befinden, der UNO überreicht. Wie Regierungssprecher Hamidreza Assefi der Presse mitteilte, ist dieser Schritt in Übereinstimmung mit der UNO-Resolution 1455 (Kampf gegen den internationalen Terrorismus) erfolgt. Außerdem seien der UNO Namen von 2300 weiteren Personen, die von Oktober 2002 bis Juli 2003 aus Pakistan nach Iran eingereist waren und nach der Festnahme wieder nach Pakistan abgeschoben wurden, zur Verfügung gestellt worden. Der Regierungssprecher ließ Fragen der Journalisten nach bekannten Mitgliedern der Terrororganisation unbeantwortet. Er werde aus Sicherheitsgründen keine Namen nennen, sagte er. Diplomaten bewerten diesen Schritt seitens Iran als eine Geste zur Deeskalation der Konflikte vor allem mit den USA. Der Regierungssprecher sagte allerdings: „Alles, was wir gegen die Terrororganisation unternehmen geschieht nicht aufgrund eines Drucks von außen. Es beruht auf der freiwilligen Entscheidung der iranischen Staatsführung.“

Besuch des irakischen Kurdenführers Talebani in Iran

Djalal Talebani, Führer der „Nationalen Partei Kurdistans“ (PUK), der sich zu Gesprächen mit der iranischen Staatsführung in Teheran aufhielt, erklärte, die irakischen Kurden seien an einer engeren Zusammenarbeit mit der Islamischen Republik Iran stark interessiert. Bereits jetzt habe der Handel zwischen den kurdischen Gebieten im Irak und Iran rapide zugenommen. Zu der möglich Entsendung türkischer Truppen in den Irak sagte Talebani, der provisorische Regierungsrat Iraks sei mit der Entsendung von Truppen aus den Nachbarländern, darunter auch aus der Türkei nicht einverstanden.

Der Kurdenführer verlangte auch, dass die Führer der iranischen Volksmodjahedin, die vom Saddamregime in ihrem bewaffneten Kampf gegen die Islamische

Republik unterstützt wurden, vor Gericht zu stellen. Seine Partei habe versucht, die einfachen Mitglieder der Organisation zur Rückkehr in ihre Heimat Iran zu bewegen. Bekanntlich hatten die Volksmodjahedin in der Vergangenheit irakische Truppen bei der Niederschlagung des kurdischen Widerstands unterstützt.

Israels Angriffsplan gegen Iran

Laut einem Bericht des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ und einiger israelischer Zeitungen sei der Plan, iranische Nuklearanlagen zu bombardieren, inzwischen so gut wie abgeschlossen. Demnach sollen in einem Blitzangriff sechs Ziele bei einer Nacht-und-Nebel-Aktion von F-16 Kampfbombern „gleichzeitig und vollständig“ zerstört werden. Nach Einschätzung des israelischen Geheimdienstes Mossad sei der Plan zwar schwierig, aber technisch durchführbar. Israel behauptet, Iran habe außer den drei international bekannten Nuklearanlagen weitere Anlagen, die bisher gänzlich geheim gehalten werden konnten. In diesen Anlagen werde ein Teil des iranischen Atomprogramms durchgeführt. Irans Bemühungen, Uran anzureichern, seien inzwischen weit gediehen, so dass das Land bald in der Lage sein werde, Atombomben herzustellen.

Indes versucht Israel nach einem Bericht der Los Angeles Times die eigenen Nuklearwaffen mit dem Hinweis auf Gefahren, die von Iran aus drohen, weiter auszubauen. Inzwischen verfüge Israel über Atomsprengköpfe, die aus der Luft, vom Boden aus oder aus Unterseebooten heraus durch Raketen die gesamte Region erreichen können.

Nach Meinung der Diplomaten aus arabischen Ländern wird die Stärkung des israelischen Atompotentials die Position der USA Iran gegenüber schwächen. Zudem sei in den Staaten der Region die Forderung nach Herstellung eigener Nuklearwaffen lauter geworden.

Indes hat Iran Israel gewarnt, mit einem Präventivschlag iranische Atomanlagen ausschalten zu wollen. Der iranische Regierungssprecher Abdullah Rahmanzadeh sagte nach Erscheinen der Nachricht in Teheran, „Wir sind diese dumme Rhetorik von Israel gewöhnt und halten es nicht einmal für nötig, darauf zu antworten. Aber trotzdem weiß Israel, dass es mit uns keinen Unfug

anstellen sollte.“ Iran sei bereit, sich mit aller Macht solchen Attacken entgegen zu stellen.

Chatami forderte islamische Staaten zur Einheit gegenüber USA auf

Präsident Chatami hat während seiner Teilnahme an der Konferenz Islamischer Länder (OIC) in Malaysia, bei der 57 Mitgliedstaaten versammelt waren, die islamischen Staaten aufgefordert, gemeinsam den USA gegenüber Widerstand zu leisten. Nur so werde man die „US-Verschwörungen gegen die islamische Welt“ neutralisieren können, sagte er. Im Vorfeld der Konferenz sagte Regierungssprecher Abdullah Ramezanzadeh, das Blutvergießen im Irak werde nur dann aufhören, wenn Washington die Macht den Vereinten Nationen übertrage und die Iraker selbst über ihr Schicksal entscheiden lasse.